

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II., S. 65—72

Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

31. Januar 1919

Über die Rolle der amerikanischen Chemiker im Weltkrieg

äußerte sich vor kurzem Dr. C. L. Parsons in einem Vortrag vor der amerikanischen Chemischen Gesellschaft. Eine Anfang 1917 eingeleitete Zählung registrierte etwa 15 000 amerikanische Chemiker, und wenige Monate später waren hiervon 700 Chemiker zusammen mit nahezu 1100 Gehilfen („helpers“) an der Arbeit, um die mehr oder weniger mit dem Gaskrieg zusammenhängenden Probleme (Gasechutz, Auffindung neuer Gase, Gasgranaten, Flammenwerfer, Lichtsignale usw.) zu lösen. Im Juni 1918 wurde diese Arbeit dem neugebildeten „Chemical Warfare Service“ übertragen. Mit dieser Organisation sei zum erstenmal [?] und in einzigartiger Weise die Chemie als selbständiger Zweig des militärischen Dienstes anerkannt worden, und weitsichtige Chemiker hätten die verantwortungsreiche Aufgabe übernommen, für alle Bedürfnisse des Krieges, der Kriegswirtschaft und der Regierung zu sorgen. Neben der Bearbeitung der Aufgaben der Gaskriegführung hätten Chemiker in verschiedenen Abteilungen des Heeres, der Flotte und der Zivilbehörden gewirkt. Viele hundert Chemiker seien in der Sprengstoffindustrie beschäftigt gewesen, hätten Rohstoffe beschafft, metallurgische Analysen ausgeführt, Betriebe geleitet und überwacht, Nahrungsmittel- und andere Vorräte kontrolliert, Untersuchungen über neue Erzeugnisse und Verfahren ausgeführt und an sanitären und anderen Problemen gearbeitet. Von den hierbei gemachten Entdeckungen verspreche man sich für die Zukunft noch großen Nutzen. (Chem. Trade J. Nr. 1645.)

Die englische Farbstoffindustrie.

Bemerkenswerte Generalversammlungsrede des Vorsitzenden von Levinstein Ltd.)

Die Financial News vom 6./I. 1919 bringen die Rede die Lord Armaghdale als Vorsitzender in der Generalversammlung der Gesellschaft Levinstein Ltd. am 23./12. 1918 gehalten hat. Eingangs äußerte er seine Freude darüber, daß die überwältigende Mehrheit der Aktionäre seiner Gesellschaft von der British Dyes Gesellschaft der Vereinigung beider Unternehmungen in der British Dyestuffs Corporation Ltd. zugestimmt habe, so daß das Land endlich den Vorteil haben werde, in dem großen Handelskampf mit der deutschen Farbstoffindustrie, dessen Beginn bevorsteht, eine geschlossenere Front aufzuweisen. Dann fuhr er fort: Die Zukunft der Textilindustrie Englands hängt in starkem Maße vom erfolgreichen Bestehen dieses Kampfes ab. Vor dem Kriege hatten die Deutschen die Herrschaft über die Textilindustrie aller Länder der Welt gewonnen. Es war das eine der stärksten Formen ihrer friedlichen Durchdringung, deren politische Bedeutung in Indien, China, Rußland und Persien nie recht gewürdigt worden ist.

In England ist jetzt jedermann die Gefahr klar geworden, die in einer Abhängigkeit von Deutschland für den Bezug von Farbstoffen liegt, aber vor dem Kriege war das nicht der Fall. Das lag hauptsächlich daran, daß die deutschen Pläne noch nicht vollständig durchgeführt waren. Man war dort dabei, alle gefährlichen Mitbewerber in der Farbstoffindustrie aufzusaugen und alle diejenigen zu erdrücken, die, wie wir selbst, die deutsche Bedrohung erkannten und den Mut hatten, sich ihr zu widersetzen. Sowie der Plan völlig ausgeführt worden wäre — was nahe bevorstand —, würden die englischen Verbraucher ihre Gefahr begriffen haben und bereit gewesen sein, dagegen zu kämpfen, aber es wäre dann für wirksame Schutzmaßnahmen zu spät gewesen. Die Deutschen wissen sich bekanntlich freundlich und gefällig zu geben, solange sie noch die Herrschaft anstreben, aber sie gehen ganz willkürlich und skrupellos vor, wenn sie das Übergewicht haben. Eine unabhängige Anilinfarbenindustrie ist daher für die nationale Sicherheit lebensnotwendig. Aus nationalen Gründen werden Sie ebenso sehr wie ich die großen und unnötigen Verzögerungen bedauern, die die Entwicklung der Industrie hierzulande beschränkt haben. Das Land im allgemeinen und die Textilindustrie im besonderen schulden dem Vorsitzenden des Handelsamts und dem Farbstoffkommissar großen Dank für ihre Initiative in dieser Sache und für die sehr wertvolle Hilfe, die sie der Farbstoffindustrie geleistet haben.

Sehr beträchtliche Erweiterungsanlagen sind nötig, ehe unsere Gesellschaft das entworfene Erzeugungsprogramm voll ausführen

kann. Ausreichende Mittel werden zweifellos zu haben sein; ausreichende finanzielle Hilfe ist das einzige, was wesentlich dafür ist, daß wir den Wunsch der Regierung erfüllen und das Land von deutschen Farbstoffen unabhängig machen. Nach der wissenschaftlichen Seite ist der Erfolg sicher.

Es gibt in England eine viel größere Menge chemischer Talente, als man sich allgemein klarmacht. Viele davon sind früher nie zum allgemeinen Besten nutzbar gemacht worden, aber während des Krieges haben rein akademische Chemiker dem Staate beträchtliche Dienste in der Erforschung neuer Substanzen und dem Ausfindigmachen neuer Methoden für Angriffs- und Verteidigungszwecke geleistet. Dadurch sind viele Universitätsprofessoren zum erstenmal mit den Bedürfnissen der Industrie bekannt geworden. Ihre Erfahrungen werden sicherlich sowohl der reinen Wissenschaft wie der Industrie von Nutzen sein, besonders unserer Industrie, die auf der Wissenschaft beruht und von wissenschaftlicher Forschung lebt.

Die alte akademische Überlieferung, wonach Forschungsarbeiten, die zu unmittelbaren praktischen Ergebnissen führen, unter der Würde der Wissenschaft sind, stirbt aus. Niemand wünscht, daß die Universitäten abstrakte Forschungen von rein theoretischem Interesse unterlassen, aber niemand freut sich mehr als die Führer unserer Industrie über das enge Gemeinschaftsgefühl, das zwischen Führern der reinen Wissenschaft und Führern der Anwendung der Wissenschaft in der Industrie entstanden ist. Hervorragende Männer, die früher beiseitestanden, möchten jetzt gern helfen, und wir, die wir ihre Hilfe zu gebrauchen verstehen, heißen sie von Herzen willkommen und brauchen ihre Hilfe. Ich wenigstens werde nie glauben, daß wir Engländer, die wir uns endlich zum Kampf auf dem Gebiete der Wissenschaft aufgerafft haben, uns der Aufgabe nicht gewachsen zeigen werden.

In der Organisation wissenschaftlicher Industriezweige standen wir ebenso weit hinter den Deutschen zurück wie in der Organisation großer Heere. Mit einer gewaltigen nationalen Anstrengung ist es uns gelungen, die deutschen militärischen Leistungen zu überholen. Eine ähnliche nationale Anstrengung ist jetzt von seiten unserer wissenschaftlichen Industrien nötig.

Während der letzten zwölf Monate hat unsere Fabrik in Ellesmere wegen der uns von der Regierung auferlegten Beschränkungen zwei Monate mit verminderter Arbeitszeit arbeiten müssen, woraus in England ein Mangel an künstlichem Indigo entstand, der aber jetzt überwunden ist. Die Fabrik ist jetzt im vollen Betriebe und wird nach Kriegsende stark erweitert werden.

Außer der Herstellung von Indigo sind große Fortschritte in der Herstellung von indigoideen Farbstoffen gemacht worden. Eine beträchtliche Anzahl solcher bisher nur in Deutschland hergestellter Erzeugnisse, die der Verbraucher Küpenfarbstoffe nennt, sind von uns in den letzten zwölf Monaten auf den Markt gebracht worden.

Die Gesellschaft hat sich das Vorkaufsrecht auf Terrains in Ellesmere Port gesichert, die nach geographischer Lage und sonstigen Vorteilen nicht nur im Vergleich zur Lage irgendwelcher chemischer Anlagen in England, sondern auch zu der der deutschen Anilinfabriken am Rhein günstig gelegen sind.

Unser Bauprogramm sowohl in Blackley wie in Ellesmere Port hat in den letzten zwölf Monaten so gut wie keine Fortschritte machen können, so daß die Herstellung von Farbstoffen nicht in dem gewünschten Umfange zugenommen hat. Aber unsere Farbenskala ist verstärkt worden, und sehr reichhaltige Forschungsarbeiten sind durchgeführt worden, deren Nutzen sich geltend machen wird, sobald wir bauen können.

Den meisten von Ihnen wird bekannt sein, daß die Gesellschaft an der Entwicklung des Gaskrieges in den letzten zwölf Monaten bedeutenden Anteil genommen hat, für diesen Zweig gab es keine Baubeschränkungen. Einzelheiten darf ich noch nicht geben, aber in verschiedener Hinsicht ist unsere Leistung einzigartig gewesen. Aus eigener Initiative unternahmen wir die Herstellung des vermutlich gefährlichsten im Kriege verwandten Erzeugnisses, die den Verbandsmächten große Schwierigkeiten verursacht und in den beteiligten Fabriken viele Unglücksfälle mit sich gebracht hatte. Durch enge Zusammenarbeit unserer Forschungs- und Herstellungsabteilung haben wir die technischen Schwierigkeiten gelöst, die Anlage errichtet und den Stoff durch ein Verfahren hergestellt, das sicher, einfach, billig und praktisch war. Die meisten Leute würden so etwas aus freien Stücken nicht unternehmen. Die Er-

gebnisse unserer Forschungen und die Pläne unserer Anlage wurden frei und kostenlos der englischen und allen Verbandsregierungen zur Verfügung gestellt. Sie erwiesen sich als von größtem Werte und nach Ansicht maßgebender Amtsstellen haben unsere Lieferungen auf dem Schlachtfeld eine bedeutende Rolle gespielt. Wäre der Waffenstillstand einige Wochen später eingetreten, so hätten gewisse Entwicklungen in unserer Gasherstellung noch ihre Wirkung in Frankreich äußern können. Der Feind wählte zur Übergabe den Augenblick, wo die Gaskriegführungsabteilung des Verbandes im Begriff stand, ihn zu überwältigen, obgleich er in dieser besonderen Methode der Greuelhaftigkeit einen großen Vorsprung gehabt hatte. Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit besonders auf diesen Punkt, weil der Gaskrieg vor dem Kriegeende höchst wissenschaftlich geworden war. Unser Erfolg auf diesem Sondergebiete, auf dem wir die Deutschen schlugen, ist bedeutungsvoll für diejenigen, die wie ich glauben, daß wir auch ihre sehr beträchtlichen Leistungen auf dem Gebiete der Anilinfarbenindustrie übertreffen können.

1913/14 haben wir an Zwischenprodukten 1 403 490 lbs. hergestellt, 1917/18 jedoch bereits 15 169 122 Pfund, also elfmal so viel, und zwar in 150 Arten. 1914 bezogen wir noch die meisten Zwischenprodukte aus Deutschland. 1917/18 stellten wir sieben-einhalbmal soviel Farbstoffe wie damals und allein aus selbst-gefertigten Zwischenprodukten her. Wir konnten nicht alle Salpetersäure und Oleum, die wir für Herstellung von Zwischenprodukten brauchten, kaufen, daher mußten wir davon im letzten Geschäftsjahre 22 619 363 Pfund herstellen, während wir früher nichts derartiges machten. Wir haben keinen Pfennig für Anlagen zur Herstellung von Stoffen ausgegeben, die wir anderswo hätten kaufen können; in Zwischenprodukten haben wir uns unabhängig gemacht, weil es in England niemand gab, der imstande und bereit gewesen wäre, sie uns zu liefern!

In den fünf Jahren vor dem Kriege, Jahren bitteren Konkurrenzkampfes mit Deutschland, belief sich unser Gewinn durchschnittlich auf 17% unseres Aktienkapitals; damals lieferte Deutschland die meisten Anilinfarbstoffe, die in England verwandt wurden, und unsere Herstellung war durch die Menge begrenzt, die wir verkaufen konnten. Die Preise, die wir erzielten, waren im allgemeinen niedriger als die der Deutschen, die wir überall erst verdrängen mußten. Unsere Generalunkosten für Forschungsarbeiten und Verkaufsorganisation waren unverhältnismäßig hoch gegenüber denen der Deutschen, weil unser Umsatz nur so klein war. Hätten wir 1914 Farbstoffe in solcher Menge gemacht wie heute, so wäre unser Gewinn etwa dem einer der größeren deutschen Gesellschaften nahegekommen. Er hätte wegen der Verteilung der Generalunkosten auf einen größeren Umsatz mehr als siebenmal so groß sein müssen als der damalige Gewinn, immer vorausgesetzt, daß wir zu den Preisen verkauft hätten, die die Deutschen damals erzielten. Obgleich unsere Erzeugung letztes Jahr sieben-einhalbmal so groß war wie damals und unsere Erzeugung an Zwischenprodukten fast elfmal so groß, schätze ich, daß unser Reingewinn an Farbstoffen nur etwa 0,15 mal so groß sein wird wie der damalige, wobei ich den Gewinn an Zwischenprodukten abziehe.

Bei den Klagen über die hohen Preise der Farbstoffe, besonders derjenigen, die in die Hände von Händlern kamen, wird ziemlich allgemein die Verteuerung der Rohstoffe und die schwere steuerliche Belastung der Industrie übersehen. Hätten wir 1914 die heutige Menge von Farbstoffen machen können, so wären unsere Gewinne viel größer gewesen als die heutigen.

Die jährlichen Gewinne, die die Deutschen in langen Jahren in England erzielten, sind sehr viel größer gewesen als die unsrigen im Jahre 1917/18. Die deutschen Gewinne wurden in starkem Maße wieder ins Geschäft gesteckt. Die deutschen Anlagen sind meist unversehrt, sie sind fast alle ungemein erweitert für die Herstellung von Giftgasen und anderem Kriegsbedarf, aber die noch vorhandenen Farbstoffanlagen sind mehr als ausreichend, um den inneren Bedarf zu decken. Wir müssen große Anlagen erst noch zu hohen Kosten herstellen. Die deutschen Anlagen wurden viel billiger hergestellt und sind schon abgeschrieben.

Es ist daher klar, daß wir in der Zwischenzeit Staatshilfe haben müssen, denn wir brauchen eine Atempause, um unsere Fabriken zu vollenden, unsere Stäbe zu organisieren und die Kräfte auf Friedenszwecke einzustellen, die dem Staat für Kriegszwecke gewidmet waren.

Für die neue Gesellschaft hat das Handelsamt die durchaus richtige Bestimmung getroffen, daß die Dividende 8% nicht überschreiten soll, und hat sich das Recht zum Eingreifen vorbehalten, wenn nach seiner Ansicht die Preise zu hoch oder die Verteilung der Erzeugnisse ungerecht sein sollten. Ich glaube nicht, daß das Handelsamt je Anlaß haben wird, von diesen Rechten Gebrauch zu machen. Wir aber haben uns mit diesen Bestimmungen gern einverstanden erklärt, die es sicherstellen, daß die Verbraucher nie Anlaß haben werden, es zu bereuen, wenn sie der British Dyestuffs Corporation ihre Kundenschaft zukommen lassen.

Ec.*

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Vereinigte Staaten. Die Koks- und Kohlenzonenpreisregulierungen wurden von der Regierung wieder aufgehoben. Ausgenommen hiervon sind jedoch die Preise für Anthrazitkohlen bei Gifkontrakten im Staate Pennsylvania. *U.*

England. Die Beschränkungen in der Malzverschiffung, die im Jahre 1917 verfügt wurden, sind vom Lebensmittelkontrolleur aufgehoben worden, so daß von nun an Malz aus jedem beliebigen Hafen Großbritanniens nach irgendeinem anderen Hafen ohne vorherige Genehmigung verschifft werden kann. (Journal of Commerce vom 31./12. 1918.) *ar.*

Die Regierung hat beschlossen, die Kontrolle über die Wollenzufuhr selbst gegenüber den neutralen Staaten auch weiterhin aufrechtzuerhalten. *on.*

Milderung der Ausfuhrverbote vom 27./12. 1918 (wegen Bedeutung der Buchstaben A, B, C vgl. S. 42). Völlig aufgehoben wurde das Ausfuhrverbot u. a. für (bisher A) graue Ambra, Knochen schwarz, Acetanilid, Acetate (alle metallischen, außer Calciumacetat), Amylacetat und andere Amylester, Benzoesäure (synthetische) sowie benzoesaure Verbindungen, Chloral, seine Verbindungen und Zubereitungen, Grindelia, Hexamethylen-tetramin, seine Verbindungen und Zubereitungen, milchsäure Salze (nicht anderweit verboten), Lobelia, Schlangenzwurzel, Triphenylphosphat, Fischbein, Fischblasen, Ringe für Glühlichtstrümpfe, Ingotformen aus Hämatiteisen, Magnesit und Magnesitziegel, Magnesit, kaustischer oder leicht calcinierter und totgebrannter, Magnesium und Legierungen, Siliciumziegel; — (bisher B) Goldschlägerhaut, Akonitwurzel, Aloe, Araroba oder Goapulver, Bariumsperoxyd, Kalabarbohnen, Kaskarillarinde, Catechu, Chirayta-Eitterstoff, Chrysarobin, Colchicum und Zubereitungen, Coloquinte, Cubeben, Damiana, Gelsemiumwurzel, Enzianwurzel, indischer Haaf, Ipecacuanhawurzel, Jaborandiblätter, Milchsäure, Salicylsäuremethylester, Brechnußalkaloide und Zubereitungen, Oxalsäure, Pyrogallussäure und Gemische, Quassiaholz, Rhotanhiawurzel, Salol und Zubereitungen, Sennesblätter und -schoten, Natriumhyposulfit und Gemische, Natriumsperoxyd, Natriumcyanid und Gemische, Stramoniumblätter und -samen; Strophantussamen, Thoriumoxyd und -salze, Kobalt, Kobalterz und -legierungen, Papier und Pappe und Waren daraus. — Sonstige Änderungen: (B, bisher A) Jutetauwerk und -bindfaden, -gewebe, -gurtband, -polstermaterial, Vanillin. („The London Gazette“ vom 27./12. 1918.) *Sf.**

Frankreich. Aufhebung von Handelsbeschränkungen. „Journal Officiel“ vom 25./12. 1918 veröffentlicht eine Verordnung des Ministers für den „industriellen Wiederaufbau“ (Reconstitution industrielle), demzufolge der Verkauf und der Handel der meisten Metalle und Mineralien in Frankreich nunmehr freigegeben ist; desgleichen der Handel gewisser Fertigfabrikate aus der Metallindustrie und sonstigen Industrien. Für einige Waren, beispielsweise Eisen und Stahl, sind noch Höchstpreise festgesetzt. Die Einfuhr unterliegt dagegen mit wenig Ausnahmen noch der staatlichen Kontrolle (vgl. S. 50). *on.*

Spanien. Ein Dekret gestattet die Ausfuhr von Olivenöl. *U.*

Schweiz. Das Volkswirtschaftsdepartement hat eine Bestandsaufnahme über alle in der Schweiz befindlichen neuen Schuhwaren und über Leder angeordnet, um einen vollständigen Überblick über die inländische Schuh- und Lederversorgung zu erhalten. *ar.*

Österreich-Ungarn. Auf Grund einer Verordnung des Finanzministeriums wurde der Preis für denaturierten Brennspiritus von 300 auf 180 Kr. herabgesetzt, dagegen für Trinkspiritus auf 1850 Kr. erhöht. (Neue Freie Presse vom 1./1. 1919.) *U.*

Deutschland. Freigabe von Trinkbranntwein. Durch Vermittlung der Reichsbranntweinstelle gelangt 1 Mill. l. r. A. Weindestillat aus den Beständen der Heeresverwaltung zur Verteilung. Bezugsberechtigt sind sämtliche Cognacbrenner, die vor dem Kriege Traubenwein gebrannt haben. Der Kaufpreis ist in Kriegsleihe bei der Preussischen Central-Genossenschaftskasse zu hinterlegen. *on.*

Textilrohstoffe und Garne, die aus dem Auslande eingeführt worden sind oder noch eingeführt werden, unterliegen gemäß Verfügung des Demobilmachungsamtes nach wie vor der Beschlagnahme im bisherigen Umfang. Die Kriegsrohstoff-Abteilung ist jedoch bereit, solche Textilrohstoffe und Garne, deren Einfuhr nachweislich nach dem 1./12. 1918 erfolgt ist, auf Antrag von Fall zu Fall freizugeben. Derartige Freigaben werden jedoch für Flachs, der aus Holland eingeführt ist, nicht erteilt werden. — Weiter wird bekanntgemacht: Es ist zur Kenntnis der Kriegsrohstoff-Abteilung gekommen, daß mehrfach Textilrohstoffe und Garne als beschlagnahme- und verwendungsfrei angeboten und erworben sind. Demgegenüber wird darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß Verfügung des Demobilmachungsamtes die auf Veranlassung der Kriegsrohstoff-

Abteilung während des Krieges ergangenen Bekanntmachungen, betreffend die Beschlagnahme und Bestandserhebung von Textilrohstoffen und Garnen, unverändert weiter in Kraft bleiben, sofern sie nicht ausdrücklich aufgehoben worden sind. *on.*

Bekanntmachung des Reichswirtschaftsamts. Die Verteilung von Meggener Schwefelkies und die Berechtigung zum Bezuge ausländischer Schwefelkiese muß einstweilen noch nach bestimmten, den Interessen der Gesamtheit dienenden Richtlinien erfolgen. Aus diesem Grunde werden Sie gebeten, bis spätestens 1. Februar 1919 folgende Angaben zu erstatten:

- a) Wie groß ist die Menge Schwefel im Schwefelkies, in Tonnen zu 1000 kg, die Sie in der Zeit vom 1. 7. 1913 bis 30. 6. 1914 nachweislich verarbeitet haben?
- b) Wie groß ist die Menge Schwefel im Schwefelkies, in Tonnen zu 1000 kg, deren Einkauf sie schon heute für 1919 und gegebenenfalls jährlich in den folgenden Jahren vornehmen möchten und zu deren Übernahme Sie sich verpflichten? Die Angabe dieser Menge muß möglichst genau erfolgen, doch wird anheimgestellt, Erläuterungen hinsichtlich Mengen und Preisen zu geben, falls durch die Höhe der letzteren die ersteren beeinflusst werden.

In jedem Fall ist die Höhe der unter b) angegebenen Menge durch Angabe des herzustellenden Erzeugnisses — bei mehreren Erzeugnissen unter Angabe, wieviel auf das einzelne Erzeugnis von der Gesamtmenge entfällt — zu begründen.

Um die Versorgung jedes anerkannten Verbrauchers in einem gewissen Umfang sicherzustellen, ist beabsichtigt, die Meggener Erzeugung auf alle Verbraucher in einem soweit wie möglich ihrem Bedarf entsprechenden Verhältnis zu verteilen.

Von dem Ergebnis dieser Umfrage wird es abhängen, ob für die Einfuhr von ausländischem Schwefelkies bestimmte Vorschriften erlassen werden müssen. In diesem Falle ist beabsichtigt, den Handel wieder soweit wie möglich in seine vor dem Kriege ausgeübten Funktionen einzusetzen. Sie werden deshalb, insofern Sie nicht vor dem Kriege unmittelbar von dem ausländischen Erzeuger gekauft haben, gebeten, anzugeben, durch welche Händlerfirma Sie die von Ihnen genannten Mengen zu erwerben wünschen, wobei, wenn es sich um mehrere Händlerfirmen handelt, die auf jede entfallende Menge anzugeben ist. Soweit Sie vor dem Kriege unmittelbar von dem ausländischen Erzeuger bezogen haben, wird um entsprechende Angabe unter Nennung des Verkäufers und der bezogenen Menge ersucht. Die aus diesen Feststellungen sich ergebende Regelung wird später nach der Entwicklung, die die Wirtschaftslage des Deutschen Reichs und der einzelnen Verbraucher nehmen wird, entsprechende Änderungen erfahren. *on.*

Übersichtsberichte.

Die **Graphitindustrie Madagaskars** befindet sich durch den Tonnagemangel in einer ernsten Krise. Infolge der Kriegsbedürfnisse war die Jahreserzeugung von 7749 t im Jahre 1914 auf 35 000 t im Jahre 1917 hinaufgeschneit. Diese Summe stellt eine Übererzeugung dar. Da im letzten Jahre die planmäßig vorgesehenen Mengen nicht nach Europa und den Vereinigten Staaten verschifft werden konnten, haben sich große Vorräte angehäuft. Diese liegen teils in Madagaskar, teils in Marseille, wo sie der Weiterbeförderung harren. Die Krise wird zum Teil dem französischen Munitionsbeschaffungsdienst zur Last gelegt, der zu einer den Bedarf übersteigenden Erzeugung angereizt hatte. Der Frieden würde zwar die Transportverhältnisse bessern, aber die Preise und den Verbrauch sinken lassen, so daß die Aussichten der besprochenen Industrie ungünstig seien. (*L'Echo des Mines et de la Métallurgie.*) *on.*

Amerikanische Fachblätter weisen auf das Wachstum der **keramischen Industrien in den Vereinigten Staaten** hin, die vor dem Kriege in großem Umfange in deutschen und österreichischen Händen lagen. Auf einer Versammlung der Amerikanischen Keramischen Gesellschaft stellte ein Mitglied des Bureau of Standards fest, daß man den deutschen Klingenbergtönen für die Herstellung von Tiegeln jetzt durch britischen und amerikanischen Ton ersetzen könne. Ferner seien amerikanische Töne und synthetische Gemische als Ersatz für das deutsche Groß-Almeroder Material für Glastöpfe ausfindig gemacht worden. Drei Fabriken erzeugen schon chemische Porzellane in ständig besser werdender Qualität. Auch die Glasindustrie, sowohl die optische wie die Industrie für Laboratoriumsglas, habe große Fortschritte gemacht. Durch Anwendung automatischer Maschinen, mechanischer Trockner und Tunnelöfen seien die Vereinigten Staaten nunmehr instand gesetzt, dem fremden Wettbewerb gleichwertige Erzeugnisse gegenüberzustellen. Die jetzt im Bau befindlichen Anlagen sollen alle europäischen Töpfereien in bezug auf Ersparnis von unnötiger Arbeit, Kosten und Brennstoffmaterial übertreffen. Über die Erzeugungskosten wird nichts Näheres erwähnt (vgl. dagegen *Angew. Chem.* 31, III, 562 [1918]). (*Board of Trade Journal; Chem. Trade J. Nr. 1644.*) *u.**

Keramische Industrie in England. Die hauptsächlich in Staffordshire ansässige Steingut- und Porzellanindustrie wird außerordentlich durch die hohen Frachtsätze der den Bezirk bedienenden North Staffordshire Railway Co. beeinträchtigt, die zwar nur eine kurze Zweigbahnlinie ist, trotzdem aber das Verkehrsmonopol im Kreise besitzt. Wie drückend die Frachtgebühren sind, geht z. B. daraus hervor, daß die Beförderung von 1 t Porzellanerde von Market Drayton nach Stoke (21 1/2 km) bei dieser Bahn 3/6 1/2 kostet, d. h., sie berechnet 2 1/4 d per mile per ton, während dagegen die Great Western Railway nur 0,6 d erhebt. Die Klagen der Industrie führten zu einer Untersuchung der Verhältnisse durch die Regierung, wobei sich herausstellte, daß die Bahngesellschaft jährlich 25 000 Pfd. Sterl. zu den Unterhaltungskosten eines angeschlossenen Kanals zu zahlen hatte, dessen Ertrag bei weitem nicht zur Deckung der Unkosten hinreicht. Hieraus geht hervor, daß an eine Herabsetzung der teuren Frachten schwerlich zu denken ist. (*Times Tr. Suppl.* vom November 1918.) *on.*

Marktberichte.

Keine Ermäßigung der Eisenausfuhrpreise. Die Verhandlungen über Neuregelung der Eisenausfuhrpreise haben dazu geführt, daß von verschiedentlich beantragten Ermäßigungen (s. a. S. 44) vorläufig abgesehen wird. *av.*

Von den Kohlenmärkten. Im letzten Berichte (S. 28) war auf die schweren Nachteile hingewiesen worden, die unserer gesamten Wirtschaft aus den Unruhen unter den Belegschaften der Zechen entstehen müssen. Wie sehr die Förderungen der Bergwerke gesunken sind, geht aus folgenden Zahlen über die Eisenbahnwagengestellung in der ersten Hälfte des Dezember hervor, und zwar sind 1917 und 1918 gegenübergestellt (wobei zu berücksichtigen ist, daß auch im Dezember 1917 außerordentlich schwierige Verhältnisse vorlagen): An den zwölf Arbeitstagen der ersten Dezemberhälfte sind gestellt worden im Jahre 1917 auf Steinkohlenbergwerken 432 127 (Ausfall 256 260), davon in Oberschlesien 113 620 (Ausfall 65 003), auf Braunkohlenbergwerken 130 793 (Ausfall 109 699), im Jahre 1918 auf den Steinkohlenbergwerken 298 622 (Ausfall 6654), davon in Oberschlesien 63 878 (Ausfall —), auf den Braunkohlenbergwerken 92 873 (Ausfall 2654). Zu beachten sind hierbei auch die in Klammern angegebenen Zahlen über den Ausfall, d. h. das Zurückbleiben der Wagengestellung hinter den Anforderungen der Zechen. Ein Vergleich mit Friedenszeiten würde natürlich das Bild für 1918 noch trüber erscheinen lassen.

Es ist danach verständlich, daß man der Entwicklung der Lage im Kohlenbergbau im neuen Jahre überall mit Besorgnis entgegensehe. Im Ruhrbezirk schien es, als ob ruhigere Verhältnisse eintreten würden. Am 9./1. kam es zu einer Vereinbarung zwischen dem Zechenverband in Essen und den Vertretern der Bergarbeiterorganisationen, denen weitere Zugeständnisse (besondere Zuwendungen) gemacht wurden. Bezeichnend für die Lage der Zechen ist, daß sie das Abkommen nur unter der Voraussetzung schlossen, daß „1. reichs- oder staatsseitig dem Zechenverbände vorschauweise am 1. und 15./2. ein Betrag von je 15 Mill. M zur Verfügung gestellt werde, der in den Monaten März, April und Mai mit je einem Drittel zurückzuzahlen sei; 2. die jetzt gültigen Kohlen-, Koks- und Brikkettpreise in den genannten Monaten nicht durch staatliche Eingriffe herabgesetzt würden.“ Dabei wurde aber ausdrücklich bemerkt, daß „einzelne Zechen nicht in der Lage sein würden, den staatlichen Vorschuß in Anspruch zu nehmen, weil ihre finanziellen Verhältnisse ihnen die Rückzahlung unmöglich machen“ (!). — Dann trat auch ein gewisses Abflauen des Ausstandes ein; aber der Essener A.- und S.-Rat glaubte sich berufen, gründliche Ordnung zu schaffen, indem er „zur Vorbereitung der Sozialisierung“ eine „Kontrollkommission“ beim Kohlensyndikat und beim Bergbaulichen Verein einsetzte; diese Kommission bestand aus einem Essener Landrichter (der zum „Volkskommissar für die Sozialisierung der Bergbaues“ feierlichst bestellt wurde) und je einem Mitgliede der 3 Sozialistengruppen. Zwar hatte erst kurz vorher der preussische Handelsminister zwei westfälischen A.- und S.-Räten, die das Bergregal des Herzogs von Arenberg aufhoben und die Abgabe bereits teilweise beschlagnahmt hatten, dahin belehrt, daß diese Beschlagnahme ungesetzlich sei; aber die Vorstellungen des Bergbaulichen Vereins bei der Regierung in Berlin wegen der rechtswidrigen Eingriffe in private Wirtschaft und in Privateigentum hatten (bis zum Abschluß dieses Berichtes) nur die Wirkung, daß man Vertreter des Zechenverbandes usw. nach Berlin berief und mit ihnen und der selbstgeschaffenen Sozialisierungskommission lange Beratungen pflog.

Im ober-schlesischen Kohlenbezirk besserte sich im ersten Drittel des Januar die Lage merklich, die Arbeit kam fast in allen Kohlengruben wieder in Gang, wenngleich die Leistung des einzelnen Arbeiters weiter recht gering blieb, und die Beschaffenheit der geförderten Kohlen (die viel Schiefer u. dgl. enthielten) sehr zu wünschen übrig ließ. Nach einem Berichte vom 12./1. hielt sich die

Förderung auf etwa 65% der Menge in der gleichen Zeit des Vorjahres. — Die Lohnschwierigkeiten, die sich aus den Forderungen der Bergarbeiter ergaben, waren jedoch noch immer nicht beseitigt; man verhandelte immer wieder in Gegenwart und unter Teilnahme des preussischen Handelsministers und anderer Regierungsvertreter. Zu einer Einigung konnte es aber nicht kommen, trotz aller Bemühungen auch der Gewerkschaftsführer, und am 19./1. wurde aus Breslau gemeldet, daß der Generalstreik zur Tatsache geworden sei. Die Zechenbesitzer sind so weit, daß sie eben nicht weiter können; der Zusammenbruch des Kohlenbergbaues erscheint bei den unersättlichen Lohnforderungen unvermeidlich!

Mit der Erhöhung der Kohlenpreise vom 1./1. 1919 ab mußte naturgemäß auch eine Erhöhung der Preise für Koks- und Koks eintreten. Von der staatlichen Bergwerksdirektion sind denn auch die Preise für Koks von 22,50 M auf 37 M erhöht worden; die Preise für Koks erhöhen sich entsprechend in dem bekannten Verhältnis von 1:1½.

Auch für Saarkohlen sind laut einer Meldung aus Saarbrücken die Verkaufspreise vom 1./1. 1919 um 5 M für 1 t erhöht worden. — Als ein Zeichen der Zeit sei hier die Zeitungsmeldung festgelegt, daß die städtische Verwaltung von Barmen im Einvernehmen mit dem A- und S-Rat bei der Regierung feierlichst Protest eingelegt hat gegen die vom Kohlsyndikat beschlossene Erhöhung des Preises für Kohlen um 0,75 M und für Koks um 1,15 M. — Man weiß nicht recht, ob derartige als Ernst oder Faschingsulk anzusehen ist, wenn man sich die oben kurz angedeuteten Verhältnisse vor Augen hält, wenn man ferner daran denkt, daß die Berliner Betriebe vor völligem Stillstand stehen infolge des Versagens der Zufuhr aus Oberschlesien, daß die Berliner Bevölkerung seit Monaten kaum ein Drittel der „rationierten“ Kohlen erhalten kann.

Bei dieser Lage muß es besonders überraschen, daß laut Zeitungsmeldungen (vom 14./1. aus Essen) die Kohlenausfuhr nach Holland wieder aufgenommen worden sein soll (vgl. S. 71). Auch nach der Schweiz soll die Kohlenausfuhr wieder aufgenommen werden.

Über die Lage der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie sei folgender Bericht des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins wiedergegeben: „Die Lage ist im allgemeinen im Dezember so ungünstig geblieben wie im Monat November. Die außerordentlich lebhaft, zum Teil stürmische Nachfrage nach Erzeugnissen aller Art konnte nicht befriedigt werden, da wegen des verschärften Arbeitermangels infolge des Abtransportes oder der Arbeitsverweigerung der noch nicht abtransportierten Kriegsgefangenen die Leistungsfähigkeit der Werke nicht ausgenutzt werden konnte. Ein Teil der Werke konnte aus diesem Grunde nur in einer Schicht arbeiten. Infolge der Demobilisation des Heeres lag zwar ein reichliches Angebot an Arbeitskräften, besonders in den Städten, vor. Die Arbeitslosen konnten sich jedoch zur Arbeit in den Braunkohlengruben nicht entschließen oder gaben sie, wenn sie wirklich eingetreten waren, nach wenigen Tagen wieder auf. Arbeitseinstellungen sind nur in wenigen Fällen vorgekommen und nur von kurzer Dauer gewesen, da die im November zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen getroffenen Lohnvereinbarungen im Dezember durchgeführt und insbesondere die Achtstundenschicht in allen Betrieben eingeführt wurde. Von vielen Seiten wird lebhaft über den Rückgang der Arbeitsleistung geklagt. Angesichts der verminderten Förderung konnte die Wagengestellung im allgemeinen als ausreichend bezeichnet werden.“

Wie verworren die Verhältnisse auch auf diesem Wirtschaftsgebiete im neuen Deutschen Reiche sind, wird durch folgende Meldung gekennzeichnet: Die sächsische Regierung hat im Gegensatz zu der preussischen, anhaltischen und altenburgischen es abgelehnt, die Forderungen auf Preiserhöhung der mitteldeutschen Braunkohlenwerke zu bewilligen. Dagegen hat sie beschlossen: 1. neue Verhandlungen mit den genannten Regierungen einzuleiten zum Zwecke der Nachprüfung der für die Begründung der Kohlenpreiserhöhung aufgeführten Unterlagen; 2. einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, wonach die Verstaatlichung und Sozialisierung der sächsischen Kohlenwerke erfolgen soll (s. S. 71). — Was aus diesen Sozialisierungsverhandlungen Gutes herauskommen wird, ist klar.

Von der rheinischen Braunkohlenindustrie ist folgende wichtige Neuveränderung zu melden: Die in enger Verbindung zum Rheinischen Braunkohlenbrikett-Syndikat G. m. b. H. stehende Vereinigungsgesellschaft Rheinischer Braunkohlenbergwerke m. b. H. in Köln hat in Wesseling eine Schiffsabteilung errichtet, die mit dem 1./1. 1919 ihren Betrieb eröffnet. Der Schiffpark, der in der Hauptsache von der Firma T. Schürmann Söhne, Duisburg-Ruhrort übernommen wurde, umfaßt zwei Schrauben- sowie vier Räderboote und 28 Schleppkähne. Die Schiffsabteilung wird in erster Linie der Beförderung von Braunkohle und Braunkohlenbriketts dienen.

Zum Schlusse sei noch eine Übersicht über die Kohlenförderung in den Jahren 1914 und 1915 (im Vergleich mit 1912) gegeben, die der Statistik des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-industrieller entnommen ist:

	1913	1914	1915
Kohlenförderung t . .	174 875 297	161 384 711	146 867 563
Wert in 1000 M . . .	1 839 943	1 781 967	1 817 135
Wert der Tonne M. . .	10,52	11,04	12,37
Zahl der Betriebe . . .	349	361	365
Arbeiterzahl	610 988	610 804	479 076
Braunkohlenförderung t	80 934 797	83 693 647	87 948 303
Wert in 1000 M . . .	175 622	182 325	200 113
Wert der Tonne M. . .	2,17	2,19	2,28
Zahl der Betriebe . . .	478	443	411
Arbeiterzahl	55 412	52 537	38 524
			W/k. **

Düngemittelpreise. Auf Grund des § 8 der Verordnung über künstliche Düngemittel vom 3./8. 1918 ist die gewerbmäßige Herstellung und der Absatz nachstehender künstlicher Düngemittel zu den angeführten Preisen vom Staatssekretär des Reichsernährungsamts genehmigt worden:

Antragsteller:	Bezeichnung:	Preis:
1. Gustav Stein, Wetzlar, bzw. Phosphatdüngergesellschaft m. b. H., Düsseldorf,	Abraumdünger	40 Pf. für 1 kg-% Gesamtphosphorsäure.
2. Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Berlin,	Chrysalidendünger	180 Pf. für 1 kg-% Gesamtstickstoff.
3. Verband der Hutstoff-fabrikanten, Berlin,	Hasenstutzendünger	120 Pf. für 1 kg-% Gesamtstickstoff.
4. Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Berlin,	Kunstdünger aus Wollabfällen	60 Pf. für 1 kg-% Gesamtstickstoff.
5. Berg- und Hüttenverwaltung, Hayingen,	Martinschlackenmehl	Thomasmehlhöchstpreise der Verordnung vom 3./8. 1918.
6. Wollwäscherei Döhren b. Hannover,	Wollstaubdünger	120 Pf. für 1 kg-% Gesamtstickstoff.
7. Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, Berlin,	Seidenrückstände der Seidenverwertungsgesellschaft m. b. H., Berlin,	40 Pf. für 1 kg-% Gesamtstickstoff.
8. C. & F. Boehringer, Mannheim-Waldhof,	Unreines Kaliumsulfat	8 M für 100 kg.
9. Chemische Fabrik H. & E. Albert, Amöneburg,	Phosphatgips	40 Pf. für 1 kg-% Gesamtphosphorsäure.
10. Chemische Fabrik Milch, Posen,	Martinschlackenmehl	Thomasmehlhöchstpreise der Verordnung vom 3./8. 1918.
11. Chemische Düngelfabrik Draschwitz; Reuden b. Zeitz,	Ledermehl	180 Pf. für 1 kg-% Gesamtstickstoff bei Aufschließung durch Schwefelsäure.
12. Dietsch, Kellner & Co., Schönberg im Vogtland,	Ledermehl	wie Nr. 11.
13. Gewerkschaft Hansa-Silberberg, Kalibergwerk, Empelde bei Hannover-Linden,	Mischdünger aus Ammonpulver, Perdit und Kainit	für Ammoniak- und Salpeterminerale 200 Pf. für 1 kg-%, für Kali (K ₂ O) 23 Pf. für 1 kg-%.

Frankreichs Petroleum- und Benzinhandel und -Vorräte (vgl. Angew. Chem. 31, III, 509 [1918].) Gelegentlich der Freigabe des Handels mit Benzin und Petroleum in Frankreich ab 1./1. 1918 gibt Generalkommissar Henri Bérenger über Verbrauch und Bestände, nach „Victoire“ vom 25./12. 1918 folgende Daten bekannt: Im Oktober 1918 wurden für Heeresverbrauch 45 000 t Benzin und 3000 t Petroleum geliefert, daneben für den Zivilverbrauch 17 000 t Benzin und 19 000 t Petroleum. Trotzdem litten die Bestände keineswegs unter dieser starken Abgabe, denn am 10./12. 1918 betrug die Vorräte in den französischen Häfen und Zentrallagern 48 429 t Petroleum mit 55–60 Mill. l, d. h. eine Verbrauchsmenge für mindestens 3 Monate, und 80 908 t Benzin, d. h. ungefähr 1 Mill. l [muß heißen 1 Mill. hl], die den Verbrauch von 5 Monaten decken. Da im übrigen Benzol nicht mehr zur Herstellung von Sprengstoffen gebraucht wurde, wurden dadurch 28 985 t und außerdem 46 000 t verschiedener Nebenprodukte, wie Benzin usw., frei. — Die Einfuhr zur See liefert uns bis zum 15./2. 73 200 t Petroleum, deckt mithin unseren Verbrauch für 3½ Monate, und 109 320 t Petroleum [muß hier oder oben Benzin heißen], die für 3 Monate langen. Unter Garantie der Regierung haben wir Lieferungsabschlüsse mit Amerika

(Californien, Mexiko usw.), Großbritannien (Britisch-Indien, Birma) und Niederländisch-Indien (Java, Sumatra, Borneo) gemacht. Die amerikanische und englische Regierung werden im übrigen demnächst die Tankdampfer freigeben. Beide Länder haben sich auf der letzten Konferenz verpflichtet, an erster Stelle Frankreich und Italien die Schiffe zu stellen, die beide Länder zur Vervollständigung ihres Schiffsraumes brauchen. Die Amerikaner haben zudem ihre Petroleumflotte während des Krieges verdreifacht. — 1 hl Petroleum kostet zur Zeit 50 Fr. und müßte im Kleinverkauf mit 50—60 Centimes je Liter abgegeben werden. Benzin kostet 100 Fr. je hl und müßte im Kleinverkauf 1,10—1,35 Fr. das Liter kosten. Der außerordentlich hohe Preis kommt daher, daß viele Leute heute mit Petroleum heizen. Die Preise werden fallen, sobald neue Ladungen eintreffen, die Kohlenzufuhr normal wird und die Schiffsfrachten und Versicherungsprämien zurückgehen werden. *ar.*

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Die British Bank of South America erfährt aus Santos, daß ein amerikanisches Syndikat beschlossen habe, im Stadtbezirk von Sao Vicente Fabriken zur Erzeugung von Ätznatron zu errichten. Der notwendige Grund und Boden sei bereits erworben und Befreiung von Gemeindesteuern erlangt. Die Erzeugung solle vorläufig täglich 15 t Ätznatron, 15 t Calciumchlorat und eine gewisse Menge Kaliumchlorat und dergleichen betragen. (Financial Times vom 1./1. 1919.) *on.*

Vereinigte Staaten. Unter Führung der International Agricultural Corporation wurde eine Ausführungsorganisation der Phosphatprodukte geschaffen. *ar.*

Die „Union Espagnole de Fabriques d'Engrais“, die spanische Vereinigung der Fabrikanten von Düngemitteln, chemischen Produkten und Superphosphaten, hatte bei Ausbruch des Weltkrieges gerade den Bau ihrer Fabriken begonnen und den Betrieb aufgenommen und sah sich bald genötigt, ihre Fabrikation einzustellen. Im Laufe des ersten Viertels des Jahres 1915 wurden die Fabriken aber allmählich in Gang gebracht. Ende 1917 kam eine neue Störung durch die Schwierigkeit der Beschaffung von Phosphaten, so daß von fünf Unternehmungen wieder drei ihre Tätigkeit einstellen mußten. Glücklicherweise gestattete das zwischen Frankreich und Spanien abgeschlossene Übereinkommen, welches die Einfuhr einer großen Menge nordafrikanischer Phosphate vorsah, im Jahre 1918 noch zur rechten Zeit die Wiedereröffnung dieser Fabriken. Es stand der Gesellschaft der Raum von drei spanischen Schiffen zur Verfügung, die ständig das afrikanische Rohmaterial nach Spanien brachten. Die genannte spanische Vereinigung hängt mit der „Algeria Tunis Omnium“ zusammen, welche über die Phosphate von Constantine verfügt. Die beiden Konzerne ergänzen sich in der Weise, daß der eine das Rohmaterial liefert, und der andere das Fertigprodukt herstellt. Der spanischen „Union“ gehören vier Fabriken in Malaga, Alicante, Valencia und Sevilla an, und ihre gesamte Leistungsfähigkeit wird auf 167 000 t Superphosphat jährlich geschätzt. Die Gesellschaft stellt ihre Schwefelsäure selbst aus eigenen Pyriten her und ihre Säureerzeugung übersteigt den für die Superphosphatgewinnung erforderlichen Bedarf, so daß sie mit dem Überschuß andere Industrien beliefern kann. Während das Jahr 1914 mit einem Defizit abschloß, das durch die vermehrte Erzeugung im Jahre 1915 wieder ausgeglichen werden konnte, brachte das Jahr 1916 infolge der Preiserhöhung für Superphosphate der Gesellschaft einen ausgezeichneten Abschluß, so daß sie etwa 15% Dividende an ihre Aktionäre verteilen konnte. Das Jahr 1917 ergab infolge Mangels an Rohmaterial eine Verringerung der Ausbeute, schloß aber infolge der hohen Preise mit einem glänzenden Geschäftsergebnis ab. Zur Zeit zieht die Gesellschaft aus den noch immer hohen Preisen weiter großen Nutzen, wenn sie auch ihre Erzeugung gleichzeitig einschränken muß. (Chem. Trade J. Nr. 1645.) *u.**

Ein Verband zur Herstellung von Ersatz für deutsches Bier in Belgien. Wie „Belge Independant“, London, vom 16./12. 1918 berichtet, wurde in Brügge ein großer Verband, umfassend die Brauer Westflanderns, gegründet, der es sich zur Aufgabe macht, untergärige Biere nach Art des Münchener und Pilsener Bieres im Lande selbst herzustellen, um diese Biere, die bisher in Belgien starken Absatz fanden, vom Markt zu verdrängen. Der Plan stößt freilich auf den Widerstand einiger Brauer, welche befürchten, daß die einheimischen Bierarten durch dieses Nachahmungsprodukt verdrängt werden könnten. *on.*

Über die geplante Gründung eines belgischen Kohlsyndikats in der Schweiz wird folgendes berichtet: Die belgische Studienkommission in Bern hat ihre Vorarbeiten beendet und ist nach Brüssel abgereist, um ihrer Regierung Bericht zu erstatten. Es handelt sich um die Gründung eines belgischen Kohlsyndikats in der Schweiz, dem alle schweizerischen Kohlenhändler, die vor dem Kriege direkte Beziehungen zu belgischen Zechen unterhielten, als Mitglieder bei-

treten sollen. In schweizerischen Interessentenkreisen steht man solchen Bestrebungen sympathisch gegenüber, nicht zuletzt aus dem Grunde, als die Möglichkeit gegeben ist, die großen deutschen Firmen, die vor dem Kriege die bedeutendste Einfuhr belgischer Erzeugnisse innehatten, auszuschließen. Sowohl der belgische Senator, Halot, als auch der Referent der belgischen Studienkommission, Collin, sollen mit den in Betracht kommenden Firmen, wie z. B. J. Hirter in Bern, „Kox“ Kohlenimport A.-G. in Zürich und A. Suter & Cie. in Basel, sowie mit schweizerischen Bank- und Finanzleuten Fühlung genommen haben. (B. B.-Z.) *ar.*

Der überwiegende Teil der norwegischen Holzschleifereien hat eine Gesellschaft „Norwegische Holzmasse-Kompagnie“ errichtet, die den gemeinsamen Verkauf der Erzeugung ihrer Mitglieder besorgen wird. *u.*

In Prag ist die Gründung einer bayrisch-tschecho-slowakischen Handelsgesellschaft beabsichtigt, die mit der Handelsstelle München und dem Prager Exportverein in Verbindung treten will. *ar.*

Der Stahlwerksverband hat sich in seiner Sitzung vom 16./1. 1919 erneut mit der Frage des Verhältnisses zu den Werken in dem besetzten Gebiet befaßt. Es wurde beschlossen, diesen Unternehmungen die freihändigen Verkäufe in solchen Fällen zu gestatten, wo eine Lieferungsmöglichkeit des Verbandes selbst nicht vorliegt. Der Auffassung der Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen, wonach dieses Werk berechtigt sein soll, schon jetzt aus dem Verband auszutreten, wurde von der Versammlung widersprochen, eine Beschlußfassung in dieser Frage ist nicht erfolgt. *u.*

Die Kriegsleder A.-G. in Berlin beruft eine Generalversammlung zwecks Zuwahl zum Aufsichtsrat und Satzungsänderungen, wonach die Firma in „Deutsche Leder A.-G.“ umgeändert und als Gegenstand die Beschaffung, Verteilung und Verwertung von Rohmaterialien und Erträgen der Lederindustrie bezeichnet wird. Bisher war bekanntlich die Leder A.-G. eine reine Kriegs A.-G. und diente lediglich der Versorgung des Heeres. Wegen der Knappheit der Rohmaterialienbestände soll offenbar die Bewirtschaftung für die nächste Zeit noch zentralisiert bleiben. Auch weiterhin ist der Betrieb der Gesellschaft nicht auf Erwerb gerichtet; sie verfolgt vielmehr ausschließlich gemeinnützige Zwecke. *on.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Chemische Industrie.

Finnland. Das Abkommen der Regierung über Herstellung von Sulfitsprit. „Hufvudstadsbladet“ vom 12./12. 1918 schreibt: Der Wirtschaftsausschuß hat anlässlich des Gesetzentwurfes über Beschaffung von Spiritus für medizinischen, technischen und wissenschaftlichen Gebrauch u. a. folgende Erklärungen abgegeben: Seit die Hausbrennerei abgeschafft wurde, ist die Herstellung von Spiritus immer mehr zurückgegangen. In den Jahren 1875 und 1886, in denen die Herstellung ihren höchsten Stand erreichte, wurden über 11 Mill. l 50% igen Spiritus in den Fabriken hergestellt. Seitdem sank die Herstellung und war vor dem Kriege bis auf die Hälfte zurückgegangen. Da infolge des Mangels an Lebensmitteln Rohstoffe nicht zur Verfügung standen, fand im Jahre 1918 fast keine Herstellung statt. Im Jahre 1912 wurden 1 502 698 l, im Jahre 1917 901 065 l, im Jahre 1918 bis Oktober jedoch nur 70 903 l Branntwein hergestellt. — Die Anwendung von Spiritus ist laut Gesetz nur für medizinische, technische und wissenschaftliche Zwecke zugelassen. Die Medizinalverwaltung hat berechnet, daß für medizinische Zwecke ungefähr 250 000 l 96% igen Alkohols erforderlich sind; für wissenschaftliche Zwecke dürften ungefähr 10 000 l und für technische Zwecke 1 Mill. l nötig sein. Der ganze Bedarf würde sich demnach auf 1,5 Mill. l belaufen. Gegen den Mangel an Alkohol sind verschiedene Maßnahmen ergriffen worden. Im April wurden die Patentrechte für die Herstellung von Sulfitsprit von der schwedischen Gesellschaft „Ethyl“ für 400 000 Kr. eingelöst; danach traf der Senat mit 6 Fabriken von Sulfitzellstoff ein Abkommen, in dem der Staat das Recht der Herstellung nach dem durch das oben erwähnte Patent geschützten Verfahren ohne Entschädigung den Fabriken überließ. Zugleich übernahm der Staat die Verpflichtung, während der Dauer von vier Jahren, jedoch nicht länger als bis zum 1./6. 1923, sämtlichen hergestellten Sulfitsprit, nicht denaturiert, für einen Preis von 3 fmk für das Liter 95% igen Alkohol anzukaufen. Nach Ablauf dieser Zeit haben die Gesellschaften das Recht, ohne Erlegung der Alkoholsteuer während eines Jahres Alkohol nach den von der Regierung erlassenen Bestimmungen für technische Zwecke herzustellen und in denaturierter Form zu verkaufen. Die Bedingungen sind für den Staat verhältnismäßig streng. Abgesehen davon, daß die Gesellschaft sich möglichst große Vorteile gesichert hat, muß auch der Preis als viel zu hoch angesehen werden. Nach einer im Jahre 1915 vorgenommenen Berechnung des schwedischen Handelskollegiums würde 100% iger Sulfitsprit unter gewöhnlichen

Verhältnissen 18,5 Öre das Liter kosten. Als die Abkommen vorlagen, waren die Verhältnisse jedoch so unsicher, daß die Gesellschaften sich nur gegen hohe garantierte Preise bereit erklärten, die kostspieligen Anordnungen zu treffen. Gleichzeitig war der Staat gezwungen, sich den strengen Anordnungen zu fügen, da der Mangel an Alkohol dringend wurde, und der Bedarf an Betriebsstoff für Motoren zugenommen hatte. In dem Vorschlag wurde gesagt, daß die Höchstgrenze Sulfitsprit, die der Staat auf Grund der getroffenen Abkommen einlösen könnte, jährlich ungefähr 3,4 Mill. l betrage. Die Abkommen enthalten jedoch keine Begrenzung der Sulfitspritmenge, die der Staat den Fabriken abnehmen muß. — Die Herstellung von Sulfitsprit ist eine verhältnismäßig junge Industrie, und die angewandten Verfahren könnten entwickelt werden. Es ist wohl möglich, daß in einiger Zeit mehr Sulfitsprit gewonnen werden kann als berechnet. Um diesen Überschuß unterzubringen, hat der Staat kaum einen anderen Ausweg, als ihn unter Einkaufspreis an das Ausland abzugeben. Als Betriebsstoff für Motoren kann Sulfitsprit nicht ohne Zusatz anderer Stoffe, deren Beschaffung Schwierigkeiten macht, zur Anwendung kommen. Gleichwohl könnte die Frage aufgeworfen werden, ob die Herstellung von Sulfitsprit im größeren Umfange wünschenswert ist. Ein wirksames Vergällungsverfahren ist nicht bekannt, und es könnte Mangel an dazu notwendigen Stoffen entstehen, falls die Vergällung größerer Mengen in Frage kommt. Trotz des Gesetzes wird es schwer sein, Mißbrauch zu verhüten. In Schweden hat die Erfahrung gelehrt, daß vergällter Spiritus vielfach getrunken wird. Für den Staat dürfte es gegenwärtig möglich sein, die Herstellung von Sulfitsprit in vorteilhafter Weise einzuleiten, als das infolge der Abkommen möglich war. Man könnte annehmen, daß die Herstellung von Sulfitsprit nur auf Fabriken beschränkt würde, die im Besitz von Gesellschaften sind, deren Aktienmehrheit der Staat kürzlich gekauft hat. Die Abkommen sind, obwohl die Gesellschaften die Vorschriften des Gesetzes über die Gewinnverteilung der Alkohol produzierenden Gesellschaften nicht erfüllen, unter der Voraussetzung abzuschließen, daß die erforderlichen Veränderungen in dem Gesetz zustande kommen. Der Senat hat sich verpflichtet, den Gesellschaften die durch Errichtung der besonderen Anlagen entstandenen Kosten zu ersetzen, falls in dem jetzt laufenden Kalenderjahr keine Veränderungen des Gesetzes vorgenommen werden. Diese Kosten können sehr groß werden, aber es ist zu befürchten, daß die Kosten für den Staat sich durch die Erfüllung der Abkommen noch weiter steigern. Durch die Abkommen ist der Staat für lange Zeit gebunden, und nach der Meinung des Ausschusses könnten Konflikte mit dem Gesetz entstehen, da die Gesellschaften ohne Gesetzveränderung nicht zu der Herstellung von vergälltem Spiritus berechtigt sind. Der Ausschuß schlägt dem Landtag daher vor, das Gesetz nicht gutzuheißen. (Nachrichten 4, 1919.) on.

Verschiedene Industriezweige.

Vereinigte Staaten. Seit Kriegsausbruch sind bis 1./10. 1918 in der Erdöl- und Gasindustrie 1727 neue Gesellschaften mit 1755 Mill. Doll. Kapital entstanden. (Wall Street Journ. vom 7./9. und 5./10. 1918¹⁾.) on.

Torfverwertung. In 1917 wurden fast 0,1 Mill. sh/t Torf oder 85% mehr als 1916 zum Durchschnittspreis von 7,29 Doll. je Tonne verkauft. Die Nachfrage nach Torf nimmt stark zu und vermag schon jetzt trotz gesteigerter Erzeugung nicht befriedigt zu werden. Die Vesper Brick & Tire Co., Vesper, Wisc., hat eine Nebenindustrie zur Gewinnung von Koks aus Torf, der sich in der Umgebung ihrer Anlage in großen Mengen vorfindet, mit einem Kapitalaufwand von 0,5 Mill. Doll. ins Leben gerufen. (Wall Street Journ. vom 25./7. 1918; Iron Age vom 22./8. 1918¹⁾.) ar.

Honduras. Hanfbanbau. Zwei Pflanzler haben in Tegucigalpa je 200 000 Wurzeln Heneken (Sisalhanf) angepflanzt. Die Pflanzler haben die „Fourcroya Gigante“ aus Costa Rica eingeführt, und die Pflanzung verspricht sehr ertragreich zu werden. Andere Abarten bringen ein Blatt von 4–6 Zoll Länge hervor. Außer diesen beiden großen Pflanzern haben noch 50 kleine Pflanzler in diesem Jahre 200 000 Wurzeln angepflanzt. Im nächsten Jahre beabsichtigen sie 500 000 Wurzeln anzupflanzen. Das Hauptverdienst für diese Industrie sind jetzt Maschinen. Die in anderen Teilen Südamerikas gebräuchlichen Maschinen sind zu groß und zu kostspielig für Honduras, wo die Industrie noch im Anfangstadium ist. Man gebraucht eine kleine, billige Maschine, die die Blätter entfasert bei einer Leistungsfähigkeit von 476 000 Blättern am Tage. Wenn irgendein Fabrikant eine derartige Maschine liefern könnte, würde er sie in Honduras gut verkaufen. Auch vollständige Sätze solcher kleinen Maschinen, die Maschine, Kessel, Motor, Faserbereiter und -binder umfassen, würden guten Absatz finden. (Board of Trade Journal vom 19./12. 1918.) da.

England. Die Reichsregierung wollte die südafrikanische Wollschur bis zum 31./12. 1918 unter Gewinnbeteiligung der südafrikanischen Regierung aufkaufen, falls mindestens 200 000 Ballen bereitgestellt werden. (Times vom 14./12. 1918¹⁾.) on.

¹⁾ W. N. D. Übersendienst.

Amerikanische Baumwolle. Eine Delegation unter dem Vorsitz eines Vertreters des Baumwollausschusses beim englischen Handelsamt verhandelt mit dem amerikanischen Verteilungsausschuß, um die geringeren Baumwollsorten für die englischen Spinnereien verwendbar zu machen. (Fin. Times vom 11./11. 1918¹⁾.) on.

Italien. Kapitalerhöhung. Die Società Romana per la Fabbricazione del Zucchero erhöht ihr Kapital von 8 auf 12 Mill. Lire. (Agence Economique et Financière vom 23./12. 1918.) on.

Frankreich. Industriemuseum für die Lederindustrie. Um den Gerbern in den von den Deutschen besetzt gewesenen Gebieten Gelegenheit zu geben, sich darüber zu unterrichten, wie sie ihre Werke auf zeitgemäßer Grundlage wieder aufbauen oder neu errichten können, ist der Vorschlag gemacht worden, ein Industriemuseum zu begründen, in dem die in der Technik der Lederindustrie gemachten Fortschritte zur Veranschaulichung kommen sollen. (Schuhmarkt.) u.

Schweiz. Neugründung. J. H. Moser A.-G., Fabrik Kanderbrück in Kanderbrück. Erwerb, Betrieb und Erweiterung der bisher von J. H. Moser alié Kambly betriebenen Zündhölzchen- und Schiefertafelfabrik sowie der dazugehörigen Schieferbrüche. Das Gesellschaftskapital beträgt 1,2 Mill. Fr. Präsident des Verwaltungsrates ist Johann Hermann Moser. ar.

Österreich-Ungarn. Neugründung und Kapitalerhöhung. Die A.-G. für Spiritus- und Preßhefe-Industrie „Wolfsum“ wurde, dem „Prager Tagblatt“ vom 31./12. 1918 zufolge, mit einem Kapital von 5 Mill. Kr. zwecks Übernahme der Spiritus- und Preßhefefabrik in Stadlau gegründet. — Die Podoler Zementfabrik erhöht ihr Kapital von 1,25 auf 1,5 Mill. Kr. ar.

Ungarische Lederbeschaffungs-A.-G. (Lederzentrale). Gesamteinnahmen 2 177 123,04 Kr., Gesamtausgaben 2 029 345 Kronen. Von dem Überschuß von 147 777 Kr. wären ordnungsgemäß 60 000 Kr. zur Auszahlung einer 5% igen Dividende und 87 777 Kr. für die Dotierung des Reservefonds zu verwenden. Die Generalversammlung hat die vorgelegte Bilanz gutgeheißen und traf hinsichtlich der Auszahlung der Dividende auf Antrag des Präsidenten die Entscheidung, sie in Anbetracht der durch Befriedigung der Beamtenansprüche erhöhten Lasten und des altruistischen Charakters der Aktiengesellschaft einstweilen in Schwebe zu belassen. (Pest. Lloyd.) u.

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Allgemeines.

Die bayrische Regierung hat einen Ausschuß eingesetzt zur Durchführung der Sozialisierung im Anschluß an die Sozialisierungskommission in Berlin. In dem Arbeitsplan steht als erster Punkt die Wiederbelebung der Produktion und ein länger währender organisatorischer Aufbau. Der Bauernbesitz soll frei von staatlichen Eingriffen bleiben, dagegen soll die Frage des Großgrundbesitzes der Entscheidung zugeführt werden. Dem Ausschuß, der unter Führung des Finanzministeriums und des Ministeriums des Außern steht, gehören an Vertreter der Industrie, der Arbeiterschaft, der Angestellten, der Wissenschaft und der beteiligten Ministerien. u.

Die Entente zur Frage der Sozialisierung in Deutschland (vgl. S. 25). Der „Temps“ schreibt zu dem Beschluß des Berliner Kongresses der A.- u. S.-Räte über die Sozialisierung der Bergwerksindustrie in einem bemerkenswerten Artikel u. a.: „Die Alliierten sind sehr erfreut über diesen Beschluß, aber aus Gründen, die vielleicht der Regierung Ebert und ihren getreuen Sowjets entgangen sind. Die Alliierten denken damit ein neues Mittel zu haben, um sich die pekuniären Entschädigungen zu verschaffen, auf welche sie „ein Recht“ haben. Die vom deutschen Staat angekauften Bergwerke könnten zeitweise an Organisationen abgegeben werden, die sie zugunsten der Gläubiger Deutschlands, also zugunsten der Alliierten, ausnützen würden.“ (B. B.-Cour. vom 8./1. 1919.) on.

Eine **Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen** ist beim Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsamt, dem Verwertungsamt für freiwerdende Heeres- usw. Güter und dem Reichsschatzamt, welches letzteres die erforderlichen Fonds aus Reichsmitteln zur Verfügung stellen wird, beim Demobilisierungsamt errichtet worden, der die Aufgabe obliegt, während der Übergangswirtschaft die Wiederinbetriebsetzung gewerblicher Unternehmungen und die Beschäftigung der Arbeiterschaft zu unterstützen, und zwar durch Gewährung von Vorschüssen, Garantierung einer verlustfreien Abwicklung gewisser Geschäfte und unter Umständen auch durch Erteilung von Aufträgen. In den für ihre Tätigkeit festgesetzten allgemeinen Richtlinien ist u. a. folgendes vorgesehen worden: 1. Die Unterstützungsanträge müssen auf besonderen Vordrucken bei den zuständigen Handelskammern eingereicht und von diesen begutachtet werden. Vordrucke sind bei

den Handelskammern erhältlich. 2. Die Hilfskasse bedingt sich an dem Gewinn der unterstützten Betriebe eine Beteiligung aus, die einsetzt, sobald diese Gewinne wieder mehr als eine Verzinsung von 5% ergeben. 3. Die Hilfskasse wird die unterstützten Betriebe von einer besonderen Treuhandstelle prüfen und dauernd überwachen lassen. — Da der Hilfskasse nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, werden nur die Anträge Aussicht auf Bewilligung haben, bei denen mit verhältnismäßig geringen Summen die Beschäftigung einer möglichst großen Arbeiterzahl erreicht wird.

ar.

Das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisierung veröffentlicht folgende Bekanntmachung über wirtschaftliche Kohlenverwendung. Der schlechte Stand der Kohlenförderung und die schwierige Verkehrslage erfordern die wirtschaftlichste Ausnutzung der verfügbaren Kohlenmengen, um den dringenden Anforderungen der wirtschaftlichen Demobilisierung gerecht werden zu können. Eine Vermehrung des Kohlenbedarfs an einer Stelle muß zu schwer fühlbaren Rückschlägen an anderer Stelle führen. Bei allen den Beschäftigungsgrad der einzelnen Betriebe wesentlich verändernden Maßnahmen, insbesondere bei Rohstoff- und Auftragszuweisungen ist deshalb darauf zu achten, daß eine Vermehrung des Kohlenbedarfs grundsätzlich vermieden werden muß. Sämtliche in Betracht kommenden Stellen werden auf diese Notwendigkeit hingewiesen. Es wird ihnen enge Fühlungnahme mit den Kriegsamtsstellen und Wirtschaftsstellen als den örtlichen Organen des Reichskommissars für die Kohlenverteilung bei allen ihren Maßnahmen, die auf den Kohlenbedarf von Einfluß sind, zur Pflicht gemacht.

dn.

Kohlenausfuhr. (Nach Mitteilung des Reichskohlenkommissars.) **Schweiz:** Infolge der Transportschwierigkeiten sind wir augenblicklich zur Kohlenlieferung an die Schweiz nicht in der Lage. Die Schweiz hat sich deshalb an Frankreich gewandt (s. S. 45).

Holland: Nach Holland liefern wir täglich zwei Züge Kohlen zu je 500—750 t. Holland stellt hierzu Lokomotiven und Waggons. Die holländische Gegenleistung (Lieferung wichtiger Lebensmittel) wird vom Auswärtigen Amt behandelt.

Dänemark: Nach Dänemark liefern wir täglich einen Zug Kohlen zu 500—750 t. Vom 15./1. 1919 an soll täglich ein zweiter Zug geliefert werden. Dänemark stellt hierzu Lokomotiven und Waggons. Als Gegenleistung liefert Dänemark Lebensmittel (Vieh, Fleisch, Fett).

Schweden und Norwegen: Es werden zur Zeit keine Kohlen geliefert. Vielmehr holt zur Zeit Schweden auf eigenen Schiffen schon früher gekaufte und bezahlte in deutschen Hafenstädten lagernde Kohlen ab.

ar.

Veräußerung kommunaler Metalllager im besetzten und neutralen Gebiete Deutschlands. Da eine Verfügung über die Mengen jetzt sehr erschwert ist oder noch erschwert werden könnte, hat das Demobilisierungsamt für deren Veräußerung Richtlinien an die Demobilisierungskommissare erlassen, wonach solche Metalle zu Einstandspreisen, sonst aber zu dem höchsten erzielbaren Preis gegen bar an die Verarbeitungsindustrie verkauft werden können. Diese Erlaubnis bezieht sich indes nicht auf Metalle aus den Lagern der Kriegsmetall A.-G. Die Entnahme aus deren Metallvorräten im unbesetzten deutschen Gebiet ist ausschließlich an die Vorschriften des Kontingentscheinverfahrens gebunden.

on.

Aus der Kaliindustrie.

Durch eine neue Verordnung des Reichswirtschaftsamtes wird § 30 des Kaligesetzes dahin ergänzt, daß bei den Entscheidungen der Verteilungsstelle an Stelle zweier der von den Kaliwerksbesitzern gewählten Beisitzer auch zwei Vertreter der Werksangestellten mitwirken. Die Verordnung hat den Zweck, bei den Entscheidungen der Kaliverteilungsstelle namentlich hinsichtlich der Gehaltsfragen nun auch den Angestellten Gehör zu verschaffen, so wie es bereits durch frühere Verordnungen hinsichtlich der Arbeiter geschehen ist.

II.

Terror in der Kaliindustrie. Nachdem der Direktor der Halleischen Kaliwerke von der Belegschaft durch erpresserische Drohungen gezwungen wurde, Reverse über höhere Löhne usw. zu unterzeichnen, hat sich die Bewegung nunmehr auch auf das Kaliwerk Krügershall ausgedehnt. Die Belegschaft dieses Werkes versuchte unter Drohungen ihrem Direktor ebenfalls Versprechungen abzuverlangen, welche er mit Rücksicht auf seinen Angestelltenvertrag nicht zu erfüllen in der Lage war. Die Forderungen waren derartig, daß nach ihrer Annahme ein Betrieb nicht durchzuführen sein würde. Beide Werke werden deshalb gezwungen sein, die Betriebe vollständig zu schließen. Das gleiche gilt von dem Kaliwerk Hedwigsburg, wo die Belegschaft, welche über Tage arbeitet, vollständig unerfüllbare Forderungen stellte. Es ist die höchste Zeit, daß die Regierung zu energischen Maßregeln übergeht.

ar.

Bergbau- und Hüttenwesen.

Von maßgebender Seite erfährt die B. B.-Z. über die vom Finanzminister Geyer angekündigte Sozialisierung der sächsischen Berg-

werke folgendes: Im Finanzministerium ist man aufs eifrigste mit den Vorarbeiten für den Gesetzentwurf beschäftigt, der der sächsischen Volkskammer, die Mitte Februar zusammentreten dürfte, vorgelegt werden soll. Je mehr man sich mit der Frage der Sozialisierung beschäftigt, desto mehr türmen sich die Schwierigkeiten und die Zweifelsfragen auf. Vor allem erhebt sich die Frage, was enteignet, in welcher Form und in welcher Weise die Entschädigung und die Organisation der künftigen staatlichen Bergwerke erfolgen soll. All diese Punkte sind noch vollständig ungeklärt, aber der Finanzminister drängt, und so wird baldigst eine Entscheidung erfolgen müssen, obwohl es zweifellos besser wäre, man wartet zunächst einmal das Ergebnis des angekündigten Gutachtens der Berliner Sozialisierungskommission ab. Indessen will hiervon die Regierung nichts wissen, ja sie will die Sozialisierung in Sachsen selbst dann vornehmen, wenn der allerdings unwahrscheinliche Fall eintreten sollte, daß die Sozialisierung der übrigen deutschen Bergwerke abgelehnt oder hinausgezögert werden sollte. Für die Sozialisierung kommen in Sachsen 82 Kohlenwerke in Betracht, von denen manche finanziell gut, manche aber auch schlecht gearbeitet haben. Die Arbeiten werden dadurch wesentlich erschwert, daß der unabhängige Minister Geyer Verhandlungen mit den Bergwerksbesitzern abgelehnt hat, dagegen hat er sich bezüglich der Frage der Beteiligung der Bergarbeiter an der Verwaltung der künftigen Staatswerke bereits an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands gewandt, doch ist bisher noch keine Antwort eingetroffen. Am schwierigsten ist natürlich die Entschädigungsfrage zu lösen. Wenn man den jetzigen Besitzern den vollen Zeitwert erstattet, ist gar kein gewinnbringender Betrieb möglich. Es wird daher erwogen, ihnen entweder Staatsschuldverschreibungen oder einen Anteil am Ertragnis der Werke zu gewähren, doch hat die letzterwähnte Lösung sehr viel Bedenkliches, weil nach Übernahme der Werke durch den Staat selbstverständlich eine Zusammenlegung und Neuorganisation erfolgen muß, die einen einheitlichen Betrieb und eine Ersparnis von Geld und Kräften gewährleistet. Dann aber läßt sich nicht mehr sagen, daß dieses oder jenes Werk soundso viel Gewinn gemacht habe. Auch ist es äußerst wahrscheinlich, daß die Werke auf Jahre hinaus überhaupt keinen Gewinn erzielen werden, so daß diese Lösung recht ungünstig auf die jetzigen Besitzer ausfallen dürfte. Irgendeine Schätzung der Summe, die zur Ablösung der Rechte der bisherigen Besitzer nötig ist, läßt sich nicht geben; soviel ist aber sicher, daß mehrere 100 Mill. M gebraucht wurden, da namentlich die Zwickauer Werke sehr wertvoll sind, obwohl der Höhepunkt auch bei ihnen bereits überschritten ist. Sehr schwierig ist auch die Entscheidung darüber, ob eine große staatliche Direktion geschaffen oder ob verschiedene Abteilungen für Stein- und Braunkohlenwerke eingerichtet werden sollen. Wie aber auch all diese Fragen beantwortet werden — ein finanziell günstiges Ergebnis für den Staat kann dadurch nicht gewährleistet werden. Hier sind vielmehr die Kohlenpreise entscheidend. Wenn die Volkskammer niedrige Kohlenpreise durchsetzen will, — und dazu wird sie natürlich Neigung verspüren, — so wird die ganze Sozialisierung ein vollständiger Fehlschlag werden. Nur hohe Kohlenpreise können einen Gewinn sichern. Dadurch wird aber natürlich auf der anderen Seite die Wettbewerbsfähigkeit gerade der sächsischen Ausfuhrindustrie auf dem Weltmarkte aufs höchste gefährdet. Jedenfalls muß man wünschen, daß die bedeutungsvollen Fragen nicht irgendeinem Grundsatz zuliebe übers Knie gebrochen, sondern reiflich erwogen werden. Sozialisierung ist etwas, das nicht auf vier Wochen berechnet ist und das daher sorgfältigster Vorbereitung bedarf.

ar.

Unter der Firma Gewerkschaft Mannebach 1 Geibocker-Grube, Seelbach bei Aumenau a. d. Lahn mit Verwaltungssitz in Bad Nauheim ist eine Gewerkschaft ins Leben gerufen worden, welche die Ausbeutung der genannten Grube beabsichtigt. Die bergtechnischen Untersuchungen haben nach Mitteilung der jetzigen Repräsentanten das Vorhandensein von Ocker in abbauwürdigen Mengen in dem Grubenfeld ergeben, die mit geringen Kosten gefördert werden können. Der Betrieb soll im Monat Januar aufgenommen werden, es ist mit einer Erzfirma in Hannover ein Abkommen auf Übernahme der gesamten Produktion der Grube Seelbach für eine Reihe von Jahren zu einem vorteilhaften Preise vereinbart worden.

ar.

Ebenso wie die Mittlere Isar G. m. b. H. wird die Innberg bayrische Aluminium A.-G., die hauptsächlich mit Reichsmitteln arbeitet, die Bauarbeiten für die Innwasserkraftanlage bei Mühl-dorf sofort in Angriff nehmen.

ar.

A.-G. Oberbiller Stahlwerk in Düsseldorf. Betriebsüberschuß 8 379 744 (4 995 541) M, wozu noch 967 197 (1 003 708) M Vortrag treten. Der Rücklage für Überleitung der Betriebe in die Friedenswirtschaft, Verlegung von Werksabteilungen, Erneuerung von Werksanlagen usw. wurden 2 (1) Mill. M und der Sonderrücklage, einschließlich Kriegssteuer, 1,213 (1) Mill. M zugeführt. Nach 1 754 031 (1 528 158) M Abschreibungen Reingewinn 1 620 725 (1 753 696) M. Wieder 10% Dividende. Vortrag 711 725 M.

dn.

Die Riebeckischen Montanwerke A.-G. in Halle a. S. übernahm käuflich die Kohlenabteilung der Kohlen- und Baumaterialien Großhandlung von Friedrich Jesau in Halle. Die Übernahme erfolgt zur Verstärkung des Riebeckischen Kohlenkontors.

on.

Chemische Industrie.

Die Abhängigkeit der chemischen Industrie von der Kohlenförderung. Die Stickstoffwerke leiden allgemein unter der stetig zurückgehenden Kohlenversorgung. Ein Teil der Werke, wie Merseburg und Oppau, steht heute vollständig still. Die Gesamtleistung beträgt zur Zeit nur rund die Hälfte des normalen Friedensbedarfes von 1914 (200 000 t für die Landwirtschaft, 40 000 t für die Industrie). Eine erhebliche Preiserhöhung wird die Folge sein. Auf sämtlichen Werken könnten jetzt 300 000 t gewonnen werden. Die auf 500 000 t beabsichtigte Steigerung ist durch die Revolution völlig in Frage gestellt. *ar.*

Badische Anilin- und Soda-Fabrik in Mannheim. Die französische Heeresleitung hat nach Mitteilung der amtlichen Korrespondenz Hoffmann die Anilinvorräte der Gesellschaft in Ludwigshafen a. Rh. beschlagnahmt. *ar.*

Der Verein chemischer Fabriken, Mannheim, wird, veranlaßt durch den Kohlenmangel, die Zweigfabrik in Heilbronn vorläufig stilllegen. *ar.*

Verschiedene Industriezweige.

Die Deutsche Industrie-Gesellschaft in Regensburg hat die Belgrader Zuckerfabrik wiederhergestellt und wird nach Friedensschluß mit den serbischen Behörden wegen Wiederaufnahme des Betriebes verhandeln. Die Kosten der Wiederherstellung haben den Verlustvortrag von 249 360 M auf 335 661 M erhöht. Der Verlust i. J. 1917/18 betrug 86 295 M. *—r.*

Durch die Besetzung der Rheingegend hat die uns zur Verfügung stehende Stapelfasererzeugung eine empfindliche Einbuße erfahren. Zwei wichtige Fabriken, und zwar einer der stärksten Betriebe der Elberfelder Glanzstofffabriken in Oberbrunch (Regierungsbezirk Aachen) und die Fabrik der der Glanzstoff-A.-G. nahestehenden Vereinigten Kunstseidefabriken, Kestelbach, arbeiten noch, leiden aber besonders unter Chemikalien- und Kohlemangel. Die für unsere heimische Versorgung außerordentlich wichtige Erzeugung ist uns zum großen Teil durch die feindlichen Sperrmaßnahmen und durch Waggonmangel entzogen. *on.*

Tagesrundschau.

Die „Leipziger Mustermesse“ kündigt folgende Messveranstaltungen im Auslande an: Warenmesse in Malmö. Die nächste Schonensche Messe soll in der Zeit vom 1.—8./7. 1919 in Malmö abgehalten werden.

Frankreich will nach dem Kriege seine wirtschaftliche Tätigkeit auf die ganze Welt verteilen und dazu die Kolonien, besonders Nordafrika, wirtschaftlich organisieren, um einen möglichst großen Vorzug daraus zu ziehen. Hieraus ist der Plan entstanden, eine Mittelmeermesse in einem unter französischem Einfluß stehenden Lande zu schaffen; der Ort soll noch festgesetzt werden. Unter den verschiedenen Handelsplätzen der Mittelmeerländer ist Tunis als besonders geeignet vorgeschlagen worden. Seine Lage ist günstig und macht es besser als jede andere Stadt zum Ort der Mittelmeermesse geeignet.

Unter Teilnahme von etwa 500 polnischen Kaufleuten aus allen Teilen des Landes und der Regierungsbehörde fand in Warschau ein polnischer Handelstag statt. Der Handelstag beschloß nach längerer Beratung die Gründung einer polnischen Nationalmesse und wählte einen besonderen vorbereitenden Ausschuß. Die Messe soll bereits im nächsten Jahre abgehalten werden.

Der Amsterdamer „Telegraaf“ meldet aus Bandoeng, daß dort die Errichtung einer Niederländisch-Indischen Messe geplant sei. *on.*

Eine „Internationale Jahresmesse in Zandvoort (Holland)“ soll vom 24./2. bis 18./3. veranstaltet werden. Die Unternehmer wollen offenbar den Umstand ausnutzen, daß bei der gleichzeitig (vom 24./2. bis 8./3.) in Utrecht stattfindenden 3. Niederländischen Jahresmesse nur niederländische Erzeugnisse zugelassen sind. Deutsche Firmen werden von der Ständigen Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie dringend gewarnt, sich an dieser Veranstaltung in Zandvoort zu beteiligen, schon im Hinblick darauf, daß sich nach dem im Winter verödeten Badeort nur ganz vereinzelte Besucher verirren und die Beteiligungskosten daher ganz umsonst ausgegeben sein würden. Bei dieser Gelegenheit sei nochmals erwähnt, daß auf der Utrechter Messe Geschäftsdruksachen deutscher Firmen in einem dem Herrn Handelsattaché der Deutschen Gesandtschaft zur Verfügung gestellten Zimmer ausgelegt werden können (vgl. S. 47). Nähere Auskunft hierüber können deutsche Firmen bei der Ständigen Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie, Berlin NW. 40, Hindersinstraße 2, erhalten. *on.*

Die erste große Jahresmesse in Rio de Janeiro wurde mit durchschlagendem Erfolg abgehalten. Sie zeigte die beträchtliche Entwicklung, welche die brasilianische Industrie in der letzten Zeit auf allen Gebieten genommen hat. (Agence Economique et Financière vom 8./1. 1919.) *ar.*

Personal- und Hochschulnachrichten.

Betreffend das Maturitätsexamen der Kriegsteilnehmer wird durch Verfügung des sächs. Kultusministeriums vom 2. Januar, entsprechend der von der preuss. Unterrichtsverwaltung getroffenen Regelung des Studiums der Kriegsteilnehmer bestimmt, daß diejenigen Kriegsteilnehmer, die spätestens im Schuljahre 1917/18 ein Notreifezeugnis für Oberprima oder ein Vollzeugnis (nicht Notreifezeugnis) für Unterprima einer deutschen neunklassigen Mittelschule erlangt haben, zur Immatrikulation an der Universität Leipzig zugelassen werden sollen. Die Betreffenden werden bei der Immatrikulation darauf hingewiesen, daß sie vor Eintritt in die erste Berufsprüfung die Kriegsreifeprüfung abzulegen und den Nachweis über das Bestehen dieser Prüfung bei der Meldung zur ersten Berufsprüfung beizubringen haben.

Geheimrat Semmler, Professor für Chemie an der Technischen Hochschule in Breslau, wurde in die Nationalversammlung gewählt.

Dem Direktor der landwirtschaftlichen Versuchsstation in Posen, Dr. Kurt Bieler, ist das Prädikat Professor verliehen worden.

Der Privatdozent für das Lehrfach „Triebwerke, Verbrennungs- und Arbeitsmaschinen“, Prof. Dipl.-Ing. Dr. Stephan Löffler, ist zum ord. Honorarprofessor in der Abteilung für Maschinenbauingenieurwesen der Technischen Hochschule in Berlin ernannt worden.

Die auf S. 16 aufgeführten Herren Dr. Curschmann, Dr. Koelsch und Dr. Leymann sind zu Mitgliedern des Reichsgesundheitsrats, nicht des Reichsgesundheitsamts, gewählt worden.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Es wurden ernannt: zu Aufsichtsratsmitgliedern der Chemischen Industrie A.-G. in Bochum Generaldirektor Dr. Jacob Haßlacher (Rheinische Stahlwerke in Duisburg-Meiderich), Direktor Karl Hilgenstock, Dortmund, Generaldirektor Kleynmans (Gewerkschaft König Ludwig, Recklinghausen), Direktor Dr. Reuter, Gelsenkirchen, Direktor Dr. Schmidt (Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation in Bochum), Direktor Emil Sohn (Deutsche Ammoniak-Verkaufsvereinigung in Bochum), Generaldirektor Oberberggrat von Velsen (Bergwerks-A.-G. Hibernia in Herne); zum Vorsitzenden der Pearson & Co. A.-G., Chemische Fabrik, Hamburg, A. L. Estermann; zum Präsidenten der American Smelting and Refining Co., Mr. Gugenheimer.

Dr. Fr. Ohlmer ist als Teilhaber in die Drogen-Großhandlung Diedr. Buschmann, Braunschweig, eingetreten.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Alfred Aftergut, Berlin-Wilmersdorf, bei der Firma Haidemühl Glashüttenwerke, G. m. b. H., Haidemühl, N.-L.; Generaldirektor Otto Freiherr von Schroetter, Berlin, bei der Oberschlesischen Sprengstoff-A.-G., Zweigniederlassung Wennigsen; Fabrikbesitzer Fritz Schütte, Minden i. W., bei der Firma Tonwerk Porta Westfalica G. m. b. H., Minden in Westfalen; Rudolf Vogt, bei der Firma Chemische Werke Gebr. Schultz, Perleberg.

Prokura wurde erteilt: Hermann Bosch und Ingenieur Richard Hochstetter, beide in Stuttgart, für die Firma Bosch-Metallwerk A.-G., Feuerbach; Jacob Fatio, Berlin-Wilmersdorf, für die Firma Chemische Werke Gebr. Schultz, Perleberg; Ingenieur Wilhelm Hüttenes und Georg Debus, für die Firma Gebr. Hüttenes Chemische Werke G. m. b. H., Düsseldorf; Ingenieur Richard Paul, Oker, für die Firma Metall- und Farbwerke A.-G., Oker am Harz; Heinrich Wilhelm Pohlmann, Altona, und Heinrich Jacob Ritters für die Firma Pearson & Co., Chemische Fabrik, Hamburg; Ernst Scholle, Dresden, für die Chemische Fabrik Althertberg Alwin Nieske G. m. b. H., Loschwitz.

Gestorben sind: Friedrich Wilhelm Hoppe, Bielefeld, Direktor der Vereinigten Preß- und Hammerwerke Dahlhausen-Bielefeld A.-G., am 15./1.; Friedrich Kollmar, Direktor der Bremen-Besigheimer Ölfabriken, am 15./1. im Alter von 67 Jahren; Bergrat Othberg, früheres Vorstands- und Aufsichtsratsmitglied der Kaliwerke Großherzog von Sachsen A.-G., Dettlasi. Rhöngeb., und des Eschweiler Bergwerks-Vereins, am 17./1.; Apotheker Dr. Friedrich Schattenmann, München, im 52. Lebensjahre.